

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **57 (1977-1978)**

Heft 5

PDF erstellt am: **07.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ZUM 1. AUGUST

Wer sich anschickt, einen Artikel zum 1. August zu schreiben, der fühlt sich heutzutage nicht recht wohl in seiner Haut. Die Zeit der «zeremoniellen» Publizistik scheint vorbei zu sein. Bundesfeierliches Pathos ist nicht mehr gefragt. Die früher allgemein üblichen «1.-August-Reden» werden immer seltener. Wenn es schon zu Feiern kommt, dann liegt der Akzent mehr auf dem Gesellig-Gemütlichen, und allfällige Redner – und ihre Zuhörer – sind froh, es ohne Verzug hinter sich bringen zu können. Die Beschwörung der «Eid-Genossenschaft» scheint ebensowenig mehr zu verfangen wie das lokal eingefärbte Räsonnieren über den «Zustand der Nation».

Diese Unsicherheit in der Stilisierung unseres Nationalfeiertags ist sicherlich kein nationales Manko. Sie ist aber doch Ausdruck einer politischen Bewusstseinslage, die wohl am besten mit «Grau in Grau» umschrieben wird. Wir haben zwar Probleme aller Art. Aber sie reißen uns nicht von den Stühlen, um im Sport-Jargon zu sprechen. Am 13. Oktober 1965 hatte der hochangesehene Karl Obrecht im Ständerat seine Motion zur Einleitung einer Totalrevision eingereicht, in der Überzeugung, dass uns eine verfassungspolitische Generalüberholung Gelegenheit böte, die angehäuften Sorgen und «Sörgeli» einmal im grösseren Zusammenhang zu inventarisieren und längerfristigen Lösungen entgegenzuführen. Seither ist von verschiedenen Gremien viel Fleiss und guter Wille investiert

worden – wenn auch weitgehend ohne öffentliche Resonanz –, und im nächsten Winter wird sich der Bundesrat vor die Frage gestellt sehen, ob das inzwischen in mehrstufigem Verfahren ausgearbeitete «Halbfabrikat» eines Vorentwurfs eine taugliche Grundlage zur Einleitung eines rechtsverbindlichen Revisionsverfahrens darstelle.

Im Sinne unserer Konkordanzdemokratie ist es zumindest nicht ausgeschlossen, dass grünes Licht für eine Fortsetzung des Unternehmens gegeben wird – am ehesten wohl in Form eines Vernehmlassungsverfahrens, das alles in allem weitere zwei bis drei Jahre beanspruchen dürfte, womit dann glücklich die achtziger Jahre erreicht wären und womöglich nach wie vor alles offen bliebe. Der Drang zur «Erneuerung des Bundes» an Haupt und Gliedern ist also nicht gerade unwiderstehlich. Bei allem Lamentieren über «strukturelle Mängel» unserer halbdirekten Demokratie ist man im Grunde nicht bereit, diese auch wirklich frontal anzugehen. Im Zweifelsfalle zieht man den «überschaubaren Raum» punktueller Entscheidungen im Stile der allerdings manchmal weniger überschaubaren Kunst freundeidgenössischer Kompromisstechnik vor – einer Technik, die sich übrigens trotz recht erstarrten formalen Strukturen immer wieder über eine erstaunliche Flexibilität ausweist, und zwar deshalb, weil das Schwergewicht der Entscheidungsbildung faktisch im hochentwickelten Bereich des Informellen liegt, was wiederum nur

möglich ist auf der Basis eines Mindestmasses an Loyalität und echter Gesprächsbereitschaft.

Damit aber ist ein Sachverhalt ausgemacht, der vielfach unterschätzt oder auch belächelt wird, der aber letzten Endes die Erklärung dafür bietet, dass es im Grunde trotz der «Grau-in-Grau»-Stimmung doch immer wieder besser geht, als angesichts der klimatischen Bedingungen und auch der politischen Gegensätze zu erwarten wäre. Wir haben bisher die Belastungsproben der hochkonjunkturellen Wohlstandsgesellschaft ebenso überdauert wie die schwerwiegenden Probleme einer Re-

zession, die zunächst als «Zwischentief» diagnostiziert, dann aber zum Dauerzustand wurde. Das ging nicht ohne krisenähnliche Symptome und auch nicht ohne harte Konfrontationen ab. Doch zu wirklichen Krisen kam es nicht.

So ist es um den Bund, der in diesen Tagen landauf landab mit und ohne patriotisch-zeremonielle Attribute gefeiert wird, vielleicht doch nicht ganz so schlecht bestellt, wie es uns die «Gesellschaftskritiker vom Dienst» immer wieder einreden wollen.

Richard Reich

STELLUNGSKÄMPFE IN BONN

Der knappe Erfolg der SPD/FDP-Koalition bei den *Bundestagswahlen* vom vergangenen Oktober wirft noch immer seine Schatten auf das politische Geschehen in der Bundesrepublik. Es war von vornherein klar, dass die dünne Mehrheit von nur zehn Abgeordneten, auf welche sich das Kabinett im Parlament stützen kann, den Spielraum der Regierung stark einengen, ja sie möglicherweise bald einer inneren Zerreißprobe aussetzen würde. Es brauchte wenig Prophetie, um der Bundesrepublik eine Phase der innenpolitischen *Labilität* vorauszusagen.

In diesem permanenten Kleinkrieg, den sich Bundeskanzler *Schmidt* ausgesetzt sieht, kommt es ihm zustatten, dass die Opposition keineswegs in der Lage ist, den Angriff gegen ihn geschlossen zu führen. CDU-Chef *Kohl* hat auch nach der Wahl eine Taktik verfolgt, die darauf hinausläuft, die FDP aus der Koalition herauszubre-

chen und zur Union herüberzuziehen. Die Motive dieser Politik sind doppelt begründet: Zunächst kann Kohl nur dann mit Sicherheit darauf zählen, dass ihn seine Partei wieder zum Kanzlerkandidaten nominieren wird, wenn er bereits in dieser Legislatur die Regierungsgewalt übernehmen kann; ferner hofft der CDU-Vorsitzende auf Sukkurs aus den Reihen der Freidemokraten zur Unterstützung seiner Politik gegen allzu rechtslastige Tendenzen bei CDU und CSU.

Mit diesem behutsamen Vorgehen hat Kohl bisher keinen sichtbaren Erfolg gehabt. Im Gegenteil: Zumindest innerparteilich hat er *an Terrain verloren*, was sein Widerpart *Franz Josef Strauss* prompt ausnützt, der stets konsequent die Konfrontation mit der FDP gefordert hat, um Kohl auf seine Linie zu zwingen. «Knallhart» werde er sein, hat der CDU-Chef dieser Tage Strauss versichert – eine Vokabel, die

nicht recht auf den sonst so auf Ausgleich bedachten Mann aus dem fröhlichen Weinland Rheinland-Pfalz passen will ...

Kohl kann sich nicht verhehlen, dass seine Taktik den umworbenen künftigen Partner in Schwulitäten gebracht hat. Zwar scheint die Verbindung zwischen FDP-Führer *Genscher* und dem CDU-Vorsitzenden in den letzten zehn Monaten gut gespielt zu haben, aber auch Genscher ist nicht Herr seiner eigenen Entschlüsse. Selbst wenn er, wie es scheint, tatsächlich gesonnen sein sollte, noch vor 1980 die FDP ins Lager der CDU/CSU hinüberzuführen, so kann er sich nicht darauf verlassen, dass ihm die Partei *unisono* folgen wird. Jede Abbröckelung oder Spaltung könnte aber den Anfang vom Ende der ohnehin nur knapp über der 5-Prozent-Sperrmarke operierenden Freidemokraten bedeuten.

Andererseits führt bei den *Sozialdemokraten* der Fraktionsvorsitzende *Herbert Wehner* seinen einsamen, verbissenen Kampf, um die SPD auch über 1980 hinaus an der Macht zu halten. Diesem einen Ziel scheint er alles unterzuordnen, und in der Wahl seiner Mittel ist er wie eh und je nicht wählerisch. Wehners Zorn richtete sich in jüngster Zeit wieder gegen den Parteivorsitzenden *Brandt*, den er 1973/74 durch seine aggressiven Erklärungen schon hatte aus dem Kanzleramt verdrängen helfen und der ihm nun auch

an der Parteispitze offensichtlich als eine Art Sicherheitsrisiko erscheint, weil er mit seiner nach allen Seiten hin verbindlichen, unentschlossenen Haltung künftige Wahlchancen der SPD beeinträchtigt. Eine neue Kraftprobe zwischen Brandt und Wehner ist im Gange.

Die Parteien der Bundesrepublik steuern sichtlich zunehmend härteren Auseinandersetzungen entgegen. Es ist dabei verhängnisvoll, dass die beiden Politiker, die hüben und drüben über das grösste Gewicht verfügen – Herbert Wehner und Franz Josef Strauss – gezwungen sind, aus *zweitrangiger Position* heraus zu agieren. Das mag für beide persönlich zwar eine zusätzliche Antriebskraft und Motivation bedeuten. Für die politische Praxis aber wirkt sich dieser Zustand verheerend, ja destruktiv aus. Kein Politiker, der an der Spitze der SPD steht, kann frei handeln, ohne sich zuvor der Zustimmung der «grauen Eminenz» Wehner zu versichern – und ebenso ist es auf der Seite der Union mit Franz Josef Strauss. Damit aber komplizieren sich für Regierungsparteien wie für Opposition die Bewegungsmöglichkeiten. Zwei erratischen Blöcken gleich stehen da die beiden Politiker und bestimmen jeden Stellungsbezug innerhalb der Positionskämpfe, die gegenwärtig im Gange sind. Für ihre Parteien sind Strauss wie Wehner gleicherweise Belastung wie motorische Kraft.

Alfred Cattani

HELSINKI-BELGRAD: WIRTSCHAFTLICH UNINTERESSANT

Die Forderung nach einer Überwindung der Probleme, die bisher eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwi-

schen West und Ost verhindert haben, ist im Laufe der vergangenen zwanzig Jahre immer wieder erhoben worden –

das letztmal in Helsinki. Die Belgrader Nachfolgekonzferenz soll zeigen, inwieweit die Absichten von Helsinki erfüllt werden konnten. Ein Blick auf die tatsächliche Entwicklung offenbart unmissverständlich, dass von irgendwelchen Fortschritten kaum gesprochen werden kann. Die äussere Verschuldung der Oststaaten ist hoch, ihre Wettbewerbschwäche auf den westlichen Märkten ist geblieben, die Wirtschaftsbeziehungen entsprechen nicht den tatsächlichen wirtschaftlichen Potenzen der einzelnen Länder. Weshalb ist – mehr oder weniger – alles beim alten geblieben?

Wer eine Antwort auf diese Frage sucht, muss sich nicht lange den Kopf zerbrechen. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost leiden unter zwei fundamentalen strukturellen Mängeln. Einmal sind die westlichen und östlichen Ordnungssysteme so konstruiert, dass ihr aussenhandelspolitisches Räderwerk nicht, oder nur höchst unvollkommen, ineinandergreift. Und sodann haben die sozialistischen Länder eine Produktionsrichtung eingeschlagen, die keine guten Aussichten für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen offeriert: Relativ niedrige Technologie und, wenn von den Rohstoffen und Agrarprodukten abgesehen wird, ein für den Westen unattraktives Sortiment.

Strukturelle Mängel lassen sich aber nur beheben, wenn das Übel an der Wurzel angepackt wird: Einmal Umbau der Ordnungsstrukturen dergestalt, dass die aussenwirtschaftlichen Beziehungen keine institutionellen Hindernisse zu überwinden haben, und Änderung der Planungsprioritäten im Osten. Das Aussenhandels- und Währungs-

nopol. der sozialistischen Länder, die Eingliederung des Aussenhandels in ein starres System normativer Planung, die Inkonvertibilität der Währungen und vieles andere mehr stehen einer Expansion im Wege. Letztlich würde eine Ordnungsänderung in eine Reform münden, die – Tschechoslowakei 1968 – den Übergang zu einer Wirtschaftsordnung mit stark dezentralisierten Entscheidungsstrukturen anstrebt. Weil Dezentralisation aber gleichzeitig mit der Akzeptierung eines neuen gesamtwirtschaftlichen Lenkungssystems verbunden ist, das im Kern marktwirtschaftlicher Natur sein müsste, geht es hier nicht allein um eine technische, sondern in erster Linie um eine ideologische und politische Frage.

Die osteuropäischen Länder sind heute nicht bereit, diese Konsequenzen zu ziehen; sie werden es auch morgen nicht sein. Aus diesem Grunde steht der grosse Durchbruch nicht bevor. Im Gegenteil ist damit zu rechnen, dass das grosse Interesse der sozialistischen Länder, ihre Verschuldung gegenüber dem Westen tendenziell abzubauen, eine Drosselung ihrer Importe aus den westlichen Industrieländern zur Folge haben wird. Die Zeichen stehen also eher auf Restriktion. In Belgrad wird die Wünschbarkeit einer Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen einmal mehr rhetorisch zelebriert werden. Es kann jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vorausgesagt werden, dass die Nachfolgekonzferenz der Nachfolgekonzferenz, wenn man sich überhaupt auf eine solche einigen sollte, nicht vor einer grundsätzlich anderen Situation stehen wird.

Willy Linder